

II-11009 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5475/J

1990-05-09

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger  
und Genossen

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst  
betreffend Endlagerung radioaktiver Abfälle aus Seibersdorf

In den Bereichen Medizin, Forschung und Industrie fallen auch in Österreich radioaktive Abfälle an. Seit 1976 werden diese in das Forschungszentrum Seibersdorf gebracht, wo sie bearbeitet und zwischengelagert werden. Derzeit wird Seibersdorf von 554 Abfallproduzenten aus allen Bundesländern beliefert. Aus Tirol kommen beispielsweise 13 % des insgesamt angelieferten radioaktiven Abfalls.

50 % der Abfälle stammen aus der Medizin, 21 % aus der Industrie, 23 % aus Forschung und Entwicklung, 6 % werden von der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) mit Sitz in Wien angeliefert. 95 bis 98 % der Abfälle sind niedrig radioaktiv, 2 bis 5 % mittel radioaktiv.

Gegenwärtig werden in Seibersdorf rund 5.200 Fässer aufbewahrt, die zur Endlagerung an einen noch zu bestimmenden Standort gebracht werden müssen.

Zur Bestimmung der endgültigen Lagerstätte wurden 16 über das ganze Bundesgebiet verteilte Standortbereiche in die engere Wahl gezogen. Dem Vernehmen nach liegen nunmehr Untersuchungsergebnisse vor, die die Grundlage für die Entscheidung über den endgültigen Standort bilden sollen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst nachfolgende

- 2 -

**A n f r a g e:**

- 1. Unter den ursprünglich vorgesehenen 16 Standortbereichen befanden sich auch die Tiroler Bereiche Venetberg und Klein-Söll. Können nach den derzeit vorliegenden Untersuchungsergebnissen diese Bereiche als mögliche Endlagerstandorte ausgeschlossen werden ?**
  
- 2. Wann soll die Entscheidung über den Endlagerstandort spätestens getroffen werden ?**